

Archiv

Bundesarchiv der Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands

3 005 1050

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/145

Bonn, den 3. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Tage der Besinnung

46

Bemerkungen zum Gedenken der August-Tage 1914

2 - 3

In Wort und Ton regierungstreu

56

Ufa-Wochenschau - ein Tendenzunternehmen

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB

3 - 4

Sie werden sich wundern, ich bin Generaldirektor

64

Zum 70. Geburtstag von Paul Sattler

5

Neue Spannungen in Jugoslawien zu erwarten

45

Normalverbraucher leben schlechter

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

+ + + + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: 2 18 33 • Telex: 8 836 880

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Tage der Besinnung:

Bemerkungen zum Gedenken der August-Tage 1914

G. M. - Zur Erinnerung an den Ausbruch des ersten Weltkrieges vor 50 Jahren sind zahlreiche Publikationsorgane, die Rundfunk- und Fernsehanstalten, aber auch politische Organisationen bestrebt, das grauenhafte Geschehen des großen Nordens der europäischen Völker den Menschen von heute ins Gedächtnis zu rufen. Das ist gut, denn niemals kann genug darüber gesagt und geschrieben werden, wie sinnlos Begriffe wie "Erbfeind" und andere künstlich errichtete Vorstellungen sind, wieviel Unheil sie schon angerichtet haben und möglicherweise noch anrichten werden.

Es ist auch zu begrüßen, daß gerade die Repräsentanten jener geistigen Familien, die früher den Führungsanspruch in ihren Völkern erhoben, heute der Jugend zurufen, es solle nie wieder ein Europa geben, in dem die Völker sich gegenseitig zerfleischen.

In vielen Gedenkartikeln, beachtenswerten Reden und erschütternd wirkenden Dokumentationen kommt, bei aller Eindringlichkeit, leider immer noch ein Gedanke zu kurz. Gewollt oder ungewollt wird allzu oft auf den Hinweis darauf verzichtet, w e r u n d w e l c h e Kräfte in den damals souveränen Nationalstaaten verbissen gegen alle jene Köpften, die ihr eigenes Volk zur Besinnung aufriefen. Was die Generationen von heute und morgen wissen sollten und was in den Geschichtsbüchern der vergangenen Jahrzehnte in wohl a l l e n europäischen Staaten, die damals ihre Völker zur gegenseitigen Vernichtung aufriefen, zu kurz gekommen ist, das wird auch heute noch nur gelegentlich am Rande erwähnt. Historiker haben schon früher daran erinnert, daß in den letzten Julitagen des Jahres 1914 in den meisten europäischen Staaten die Gefängnisse zu klein waren, um alle jene aufzunehmen, die warnend ihre Stimme vor einem Völkermord erhoben hatten.

Von nationalistischer Verblendung erblindete Staatsgewalt und der größte Teil der Presse erblickte damals in jenen, die den Krieg verhindern wollten, den "Staatsfeind No. 1". Ein Jean Jaurès, Führer der französischen Sozialisten, wurde von einem Fanatiker ermordet. Er steht stellvertretend für viele Sozialisten, die auch in anderen Ländern Europas das gleiche Schicksal hatten.

Tage der Besinnung sollten auch Tage der Wahrheit sein. Geschichte wird nur dann zum Lehrmeister für kommende Generationen, wenn wir das grauenvolle Geschehen der Vergangenheit in seiner g a n z e n Tragweite darstellen. Hierbei dürfen wir n i c h t s vergessen und n i c h t s beschönigen, denn nur Klarheit kann uns helfen, neue und bessere Erkenntnisse zu gewinnen.

Wir werden sicher in den kommenden Wochen, da sich Europa und die Welt auch des Beginns des zweiten Weltkrieges erinnert, noch häufiger aufgerufen sein, die v o l l e Wahrheit, soweit sie uns Menschen zugänglich ist, zu sagen.

In Wort und Ton. Regierungstreue

Ufa-Wochenschau - ein Tendenzunternehmen

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB

Es wird wirklich Zeit, sich um die Ufa-Wochenschau zu kümmern, die jede Woche über die Leinwände der deutschen Kinos flimmert. Eine Wochenschau, die nicht nur regierungsfromm bis zum letzten ist, sondern die gerade in jüngster Zeit glaubt, aktiv Partei- und Personenpropaganda betreiben zu müssen.

Das ist besonders im Juni und Juli deutlich geworden. Die Ufa-Wochenschau Nr. 412 beispielsweise berichtete über den Besuch des Bundeskanzlers in den Vereinigten Staaten. Bei diesem Besuch ist offensichtlich von Bundeskanzler Erhard keine Politik betrieben worden; denn der Text zu den Bildern lautete:

"Die Laudatio bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde feierte Ludwig Erhard als dynamische Persönlichkeit eines großen Volkes. Zum Abschluß des Arbeitsbesuchs rafften sich die USA noch einmal zu höchsten Ehrungen auf. Ein Galadinner im Weißen Haus wurde von Professor Erhard mit einem Handkuß für Ladybird Johnson eingeleitet. Ein geradezu zärtliches Einvernehmen zwischen Bonn und Washington wurde sichtbar."

Also Jubel, Trubel, Heiterkeit - und nur Protokoll. Was politisch zu sagen war, das wurde Franz Josef Strauß zugeschoben. Bei dessen Text wurde festgestellt, daß es keine Illusionen über die Entspannung geben dürfe, dann so lautete die Warnung, die Franz Josef Strauß bei seinem USA-Besuch aussprach. Er hat, wenn man der Ufa-Wochenschau glauben darf, die Reise Erhards günstig vorbereitet, und zum Schluß kam dann auch noch die marikige Strauß-Feststellung, daß sich das Deutschlandproblem und die Entspannung nun doch nicht koppeln ließen.

Ein Einzelfall? Weit gefehlt! Im Juli wurde über den CDU-Partei-tag berichtet. Für die Ufa-Wochenschauleute hat ihn, so könnte es scheinen, Staatspräsident de Gaulle eröffnet. Dann kam Strauß, noch einmal Strauß und wieder Strauß und ein Satz Erhard. Und selbstverständlich hatte nach dem Kommentar Strauß recht, denn seine Version sei zweifelsfrei die richtige.

Aber so geht es schon seit langen Monaten, und wahrscheinlich liegt es daran, daß die Hamburger Produzenten nicht nur den Anteil der Bundesregierung am Aktienkapital auf diese Weise weiner berücksichtigen zu müssen, sondern weil sie auch sehr lukrative Aufträge erhalten. Eingeweihte sprechen davon, daß die Hamburger Produzenten allein in den letzten zehn Jahren rund 300 Dokumentationen im Auftrag der Bundesregierung herstellen durften, daß sie monatlich für die Bundeswehr ein Magazin "Das Fenster" produzieren und auch an der spanisch-sprachigen Wochenschau "Die Welt im Augenblick" beteiligt sind.

Dafür muß man sich offensichtlich erkenntlich zeigen, erkenntlich in einer Art und Weise, die aber selbst dem Bundeskanzler nicht passen dürfte. Abgesehen von diesem Punkt allerdings bleibt der Verdacht, daß die Ufa-Wochenschau nicht objektiv über das Zeitgeschehen

berichtet und daß sie offenbar die Meinung vertritt, daß es an bemerkenswerten Ereignissen nur das gibt, was auf das Konto der Regierung geht.

Im Herbst sind Haushaltsberatungen. Der Bund hält einen Anteil. Die zuständigen Herren - vor allen das Presse- und Informationsamt - sollen sich schon jetzt darauf vorbereiten, daß sie gefragt werden, wie sie ihr Mandat in den Aufsichtsgremien ausüben. Und auch die Auftragsvergabe wird dabei unter die Lupe genommen werden. Es genügt schon ein Presse- und Informationsamt in der Koblenzer Strasse in Bonn; eine Filiale in Hamburg ist nicht erforderlich, geschweige denn eine Film-Agentur der CSU.

+ + +

Sie werden sich wundern, ich bin Generaldirektor

Zum 70. Geburtstag von Paul Sattler

sp - In Anschluß an eine Sitzung der Industrie- und Handelskammer Dortmund, in der es wieder einmal hoch hergegangen war, und Paul Sattler einige seiner von Sachkenntnis zeugenden und deshalb genau ins Ziel treffenden Bemerkungen gemacht hatte, sagte ein jüngerer Kammermitglied, mit der Geschichte Dortmunds nicht so ganz vertraut: "Schade, Herr Sattler, daß Sie Sozialdemokrat sind; Sie mit Ihren Kenntnissen wären heute bestimmt Generaldirektor eines großen Werkes." Paul Sattler sah den jungen Kollegen mitleidig an und erwiderte dann trocken: "Sie werden sich wundern, ich bin Generaldirektor," - sprach's und nahm einen tiefen Schluck "Dortmunder"....

* * *

Diese kleine Geschichte zeigt eigentlich schon, wer und wie Paul Sattler ist, der am 8. August seinen 70. Geburtstag feiern kann. Aus Friedland in Ostpreußen stammend, verkörpert er ein Stück der freien, aufstrebenden deutschen Arbeiterbewegung, mit der er wuchs und der er sein ganzes Leben gedient hat. Bescheiden, hoch intelligent, oft mit einem knappen Wort oder mit einem Blick schwierige Situationen erfassend, verbindet Paul Sattler in sich die Kraft und den Weltblick eines modernen demokratischen Staatsbürgers. Schon kurz nach dem ersten Weltkrieg - er war Soldat - finden wir ihn in Hörde als ehrenamtlichen Stadtrat. Bald ist er hauptamtlicher Stadtrat in Dortmund, bis ihn 1933 die Machthaber des 3. Reiches aus dem Verwaltungsdienst verjagen. Als selbständiger Kaufmann baut er sich eine neue unabhängige Existenz auf. Er hilft politischen Freunden, und manche Fäden des illegalen Widerstandes gegen Hitler laufen bei ihm zusammen. Nach dem Zusammenbruch brauchte man Männer wie ihn; es galt, das Zerstörte wieder aufzuzubauen. Er wird Beigeordneter in Dortmund und 1946 kaufmännisches Vorstandsmittglied der Vereinigten Elektrizitätswerke (VEW). Bis zu seinem Ausscheiden im Sommer 1961 ist Paul Sattler Generaldirektor der VEW. Hier kann er seine großen kaufmännisch-organisatorischen Fähigkeiten entfalten. Ihm ist es mit erteilend zu verdanken, daß die VEW in

Ruhrgebiet und weit darüber hinaus zur Kraftquelle mächtiger Industrien und neu erblühender Städte wurde.

Wir wagen nicht zu behaupten, a l l e wichtigen Stationen des arbeitsreichen Lebens von Paul Sattler zu können, denn er selbst spricht nie darüber und verbittet es sich sogar, wenn man gelegentlich darüber redet. Trotzdem: Paul Sattler ist Mitbegründer einer der größten Zeitungen der Bundesrepublik, der "Westfälische Rundschau" in Dortmund. Seit 1946 ist er einer ihrer Gesellschafter und seit 1947 Gesellschafter und Geschäftsführer der Druckerei "Westfalendruck" und deren Tochtergesellschaften. In enger Zusammenarbeit mit dem unvergessenen früheren Oberbürgermeister Dortmunds, Fritz Henssler, hat er auch dieses Unternehmen zu einem bedeutenden Werk moderner Publizistik entwickelt. Schon drei Jahre nach dem Kriege gründete Paul Sattler den Deutschen Wochenzeitschriften-Verlag, deren Gesellschafter und Mitgeschäftsführer er heute noch ist.

Will man sich einen richtigen Begriff von der umfassenden Leistung des jetzt 70-jährigen machen, muß man wissen, daß er auch lange Jahre Leiter des Verbandes der AOK Westfalen-Lippe, Mitglied des Vorstandes der AOK Dortmund, Aufsichtsrat der Dortmunder Stadtwerke, sowie der Eafen-A.G. war und seit 1953 Aufsichtsrat der August-Thyssen-Hütte-A.G. ist.

Das Bild des im Stillen wirkenden Mannes rundet sich ab, wenn wir daran erinnern, daß Paul Sattler seit 1957 Präsident des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, ein Ehrenamt, dem sich der sonst nüchterne Wirtschaftler wegen seiner zahlreichen kulturellen Interessen mit großer Aufmerksamkeit widmet.

Man könnte noch sehr viel über die Bedeutung dieses Mannes für Dortmund und das ganze Ruhrgebiet sagen. Die hier erwähnten Aktivitäten sind nur die äußeren Merkmale eines Lebens, das ganz dem Dienst an der Allgemeinheit gewidmet ist. Aber da wir Paul Sattler gut kennen und wissen, daß er jedes weitere Wort des Lobes mit der Bemerkung zurückweisen würde, er habe immer nur seine Pflicht getan, wollen wir uns damit begnügen, ihm, gemeinsam mit zahlreichen Freunden, zu seinem 70. Geburtstag herzlich zu gratulieren, und ihm wünschen, er möge noch viele Jahre mit Rat und Tat Jenen zur Seite stehen, von denen er erwartet, daß sie sein Werk fortsetzen.

Neue Spannungen in Jugoslawien zu erwarten

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleichner

Jugoslawiens Normalverbraucher, die seit Monaten infolge der anhaltenden Diskussion über eine neue Wirtschaftspolitik der Verbesserung des Lebensstandards auf das Eintreten dieses Ereignisses gehofft hatten, sind zunächst bitter enttäuscht. Der Grund: radikale Preiserhöhungen bei einer Anzahl von Grundnahrungsmitteln, elektrischer Energie und Kohle. Gleich um 24% ist das Brot, um 23% der Zucker, um 12,5% das Speisöl und um rund 9% die Milch teurer geworden. Beim elektrischen Strom beträgt die Preiserhöhung mehr als 5%, während Kohle einen Preisanstieg von "nur" 2% zu verzeichnen hat.

Die zu gleicher Zeit von der Regierung empfohlenen Lohn-, Gehalts- und Pensionserhöhungen sowie die aufgebesserten Kinderzulagen können die aus den Preiserhöhungen resultierende Verschlechterung des Lebensstandards nicht aufhalten. Die Löhne sollen nämlich im besten Falle um monatlich 8 DM und die Kinderzulagen um 3 DM erhöht werden, womit die erhöhten Kleinhandelspreise nur zu einem geringen Teil ausgeglichen würden. Außerdem ist es noch fraglich, ob alle Betriebe die Lohnerhöhungen werden tatsächlich durchführen können. Klagen über schon jetzt viele, daß ihnen dafür keine Mittel zur Verfügung ständen. Da sich jedoch die Durchschnittslöhne in letzter Zeit ohnehin nur bei rund 180 DM monatlich bewegt haben, sind die Lohnerhöhungen ein Tropfen auf den heißen Stein. Schon vor den Preisreformen war es in vielen Betrieben wegen der angespannten Lebensbedingungen zu Streiks gekommen. Nicht zuletzt waren diese Erscheinungen der Anlaß für die intensiviertere offizielle Erörterung der Verbesserung des Lebensstandards gewesen. Wie wird die Bevölkerung diesmal reagieren?

Die Meinung in der Frage der Preiserhöhungen ist geteilt. Einerseits werden die Preiserhöhungen hauptsächlich den Bauern zugute kommen. Dies ist auch der Sinn der Reform. Jahrelang war die jugoslawische Landwirtschaft, die noch heute zu mehr als 80% von privaten Kleinbauern beherrscht wird, benachteiligt. Andererseits aber ist es klar, daß die Verbesserung der Lage der Landwirtschaft von der städtischen Bevölkerung indirekt bezahlt werden muß. Zumindest bei diesem Teil der Bevölkerung dürften die neuen Maßnahmen auf Widerstand stoßen, selbst wenn die Maßnahmen wirtschaftlich vertretbar sind.

Das politische Dilemma ist um so größer, als diese Maßnahmen gegen die städtische Bevölkerung gerade in Anbetracht des für November angekündigter Parteikongresses erfolgten und die kommunistische Partei in Jugoslawien wie auch anderswo in erster Linie die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten vorgibt. Aber wie auch immer die theoretischen Erklärungen für die Preiserhöhungen lauten werden. Sie dürften kaum das in den Budgets der jugoslawischen Normalverbraucher entstandene Loch füllen.

+ + +